

Breedvelt, Jan

Article — Digitized Version

Westeuropäischer Einheitsmarkt für Agrarprodukte?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Breedvelt, Jan (1951) : Westeuropäischer Einheitsmarkt für Agrarprodukte?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 5, pp. 38-40

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131312>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

mit aller Deutlichkeit erkennen, daß die Wirtschaftspolitik der schwedischen Regierung durch planende und lenkende Eingriffe in den Wirtschaftsablauf auf eine Steigerung des Produktionsvolumens abzielt, das für den Export verfügbar gemacht werden soll.

Nach den Erhebungen des schwedischen Konjunkturinstituts erreichte die Ausfuhr des Jahres 1949 mengenmäßig erst etwa das Volumen der Jahre 1936/38, obgleich sie wertmäßig von einem Jahresdurchschnitt für 1936/38 in Höhe von 1,8 Mrd. sKr. im Jahre 1949 auf 4,2 Mrd. sKr., also um mehr als 100 %, angestiegen ist. Während sich das Produktionsvolumen der Industrie von 1935 bis 1949 um 90 % ausdehnte, ist der mengenmäßige Anteil der Ausfuhr bis zum Jahre 1949 hinter dieser Entwicklung also weit zurückgeblieben. Erst im Jahre 1950 ist die Ausfuhr, gemessen an dem Volumen der Jahre 1936/38, auch mengenmäßig um etwa 30 % angestiegen.

Bei Betrachtung der Wertziffern der Außenhandelsstatistik der letzten Jahre, die im Vergleich zu der mengenmäßigen Entwicklung der Ausfuhr stark überhöht erscheinen, ist die beträchtliche Veränderung im Preisgefüge und zugleich die Wertminderung der schwedischen Währung infolge Abwertung zu berücksichtigen. In jedem Falle zeigen sich erste Erfolge der exportfördernden Wirtschaftspolitik der Regierung, obgleich die Ausfuhrsteigerung des Jahres 1950 teilweise auch konjunkturell durch die Krise in Korea bedingt ist.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß die schwedische Wirtschaft neben ihrem speziellen Interesse an der Ausfuhrsteigerung nach den Dollarländern ihre Aufmerksamkeit auch auf solche Gebiete richtet, die als Lieferanten wertvoller Rohstoffe für sie von besonderer Bedeutung sind. Es sind dies folgende Länder: Indien, Pakistan, Abessinien, Arabien, Belgisch-Kongo, die französischen Kolonien in Afrika und die mittelamerikanischen Länder. Die schwedische Ausfuhr nach diesen Gebieten hat sich bisher nicht in dem gewünschten Umfang entwickeln können. Eine besondere Kommission, bestehend aus Wirtschaftsfachleuten, ist daher mit der Aufgabe betraut worden, orientierende Marktuntersuchungen in den genannten Ländern vorzunehmen. Gleichzeitig wurden Handelsattachés den Missionen in den betreffenden Ländern für längere oder kürzere Zeit zugeteilt und Handelsfachleute zur Durchführung von Marktforschungen dorthin entsandt. Das Beispiel Schwedens zeigt, daß seine Wirtschaft nichts unversucht läßt, um sich in die Weltwirtschaft erfolgreich einzuschalten. Als neutrales Land war seine Ausgangslage bei Kriegsende ungleich günstiger als die der anderen europäischen Exportländer, weil der Produktionsapparat seiner hochentwickelten Industrie intakt war und es überall in der Welt beachtlichen good will genoß. Für die Ausfuhrwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland mögen die schwedischen Bemühungen um die Förderung der Ausfuhr in vielfacher Hinsicht von Interesse sein.

Westeuropäischer Einheitsmarkt für Agrarprodukte?

Dr. Jan Breedvelt, Waarde/Niederlande

*„Wenn die Waren die nationalen Grenzen nicht überschreiten, werden es die Armeen tun.“
(Amerikanische Delegation beim I. F. A. P. Kongress 1950)*

Die westeuropäische Landwirtschaft, die sich all- gemein aus einer großen Anzahl verhältnismäßig kleiner Betriebe zusammensetzt, weist in ihren Produktionsverhältnissen erhebliche Unterschiede auf. Während einige Länder eine traditionell hochstehende Landwirtschaft besitzen, haben andere eine nur unvollkommene Rationalisierung durchgeführt. Die aus dem Bevölkerungsdruck resultierende Notwendigkeit hoher Arbeitsintensität hat ferner zu einem unterschiedlichen Maß von Spezialisierung und Veredelung geführt. Da für eine extensive Betriebsführung die Möglichkeiten meist gering sind, könnten Getreide und sonstige Stapelprodukte bei guter Arbeitsverteilung zu geringeren Kosten in anderen Teilen der Welt angekauft werden.

KOSTENFAKTOREN

Das westeuropäische Agrarproblem ist wirtschaftlich weitgehend ein Problem der Erzeugungskosten. So ist z. B. der für die niederländische Landwirtschaft vorteilhafte Unterschied in den Produktionskosten ein wichtiges Hindernis für die endgültige Bildung der Benelux-Union. Die Unterschiede in den Produktionskosten der

Landwirtschaft in Westeuropa werden von einer Anzahl Faktoren bestimmt, deren wichtigste sind:

1. Unterschiede in Klima und Boden;
2. Unterschiedliche Organisation der Landwirtschaft;
3. Technische Unterschiede wie das Maß von Spezialisierung, Auslese, Erträge, Methoden der Betriebsführung usw.;
4. Unterschiede in der Agrarpolitik;
5. Unterschiede in den Preisen der Grund- und Hilfsstoffe;
6. Unterschiede in Löhnen, Steuern, Sozialabgaben.

Trotz der Tatsache, daß auch innerhalb jedes Landes erhebliche Unterschiede im Klima, vor allem aber in der Bodenqualität, vorkommen, kann meist eine einheitliche nationale Preispolitik durchgeführt werden. Das beweist, daß dieser Faktor auch einer einheitlichen europäischen Preispolitik nicht im Wege zu stehen braucht. Anders ist das jedoch mit den anderen Faktoren. Hinsichtlich der Bildung eines europäischen Einheitsmarktes für Agrarprodukte werden sie eine genaue Beachtung beanspruchen. Besonders Punkt 2 wird sich, wirtschaftlich, als die erheblichste Schwierigkeit erweisen. Soll in Europa ein agrarischer Einheitsmarkt zustandekommen, so wird wenigstens in den letzten Punkten auf die Dauer ein gewisser Gleichklang angestrebt werden müssen. Ein solcher Gleich-

klang wird jedoch sehr schwer zu erreichen sein, zumal nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale und politische Momente die Agrarpolitik und die landwirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes bestimmen. In seinem Bericht für den Kongreß 1950 des „European Movement“ in Rom weist Dr. J. Linthorst Homan an Hand eines Beispiels aus der Viehwirtschaft darauf hin, daß auch in Zukunft die Unterschiede zwischen den nationalen Landwirtschaften schwer aufzuheben sein werden. Die unterschiedlichen Produktionskosten beruhen einerseits nicht nur auf den Ertragsunterschieden je Einheit Produktionsfaktor, während diese Ertragsunterschiede sich ihrerseits nicht ausschließlich auf natürlichen Ursachen gründen. Überdies weisen die Schätzungen geplanter Zukunftserträge je Einheit Produktionsfaktor kaum weniger Unterschiede auf, als dies auch vor dem letzten Krieg der Fall war.

Soll eine (west-)europäische landwirtschaftliche Integration oder nur eine uniforme Agrarpolitik keine Chimäre bleiben, so muß sie politisch und wirtschaftlich begründet sein. Die politischen Gründe fügen sich in den Rahmen der angestrebten europäischen Politik ein. Wirtschaftlich soll eine solche Integration oder uniforme Politik eine bessere, vor allem logischere Arbeitsteilung in Erzeugung und Absatz ermöglichen, so daß eine Senkung der Produktionskosten und damit eine bessere Versorgung der westeuropäischen Millionenbevölkerung mit den lebensnotwendigsten Gütern herbeigeführt werden könnte.

DER „MANSHOLTPLAN“

Der Kongreß des „European Movement“ in Rom hat sich für den dritten Weg, der eine allgemeine Agrarpolitik der zusammenarbeitenden europäischen Länder anstrebt, entschieden, indem er sowohl den vollständigen Freihandel für die europäische Landwirtschaft wie auch Bestrebungen für eine europäische Agrarautarkie ablehnte. Der Kongreß hat den Gedanken eines „einzigen Agrarmarktes in Europa“ als Leitfaden des „European Movement“ akzeptiert, und alle weiteren Besprechungen werden sich auf die Verwirklichung dieses Gedankens richten.

Weiter hat der französische Landwirtschaftsminister bekanntgegeben, daß sein Land, nach der Bildung des Kohle- und Stahlpools (Schuman-Plan) vorschlagen wird, eine europäische Organisation für den Markt von Agrarprodukten zu bilden.

Inzwischen hat sich der niederländische Landwirtschaftsminister S. L. Mansholt, selbst praktischer Landwirt, über die Frage der Bildung eines europäischen Einheitsmarktes für Agrarprodukte sehr realistisch geäußert. Er hält die Bildung eines solchen Marktes „mit einem freien Austausch von landwirtschaftlichen Produkten, einer nur von Nachfrage und Angebot beherrschten Preisbildung und mit einem möglichst wenig reglementierten Außenhandel“ gemäß einer Antwortnote an das niederländische Parlament wenigstens zunächst für unmöglich. Damit entfernt er sich von dem anderen niederländischen Plan, dem Aktionsplan der niederländischen Regierung (Stikker-Plan), der als eine Vervollständigung des Schuman-Planes gedacht war.

Der „Mansholt-Plan“ kann daher eigentlich nur die Bedingungen für eine Zusammenarbeit der westeuropäischen Landwirtschaft enthalten. Diese Landwirtschaft hat — unter Behauptung oder Verbesserung des Lebensniveaus — einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der europäischen Wirtschaft zu liefern. Unumgängliche Bedingungen hierzu sind — nach Mansholt — erhöhte Erzeugung, Verminderung der Produktionskosten, höhere Leistungsfähigkeit und freier Güteraustausch.

Ein solches Problem ist nicht nur wirtschaftlicher, sondern wenigstens in gleichem Maße politischer Natur, wobei zu bedenken ist, daß beides sich nicht oder kaum trennen läßt. Politisch hält Minister Mansholt eine allmähliche Aufhebung der nationalen Agrarprotektion, und zwar unter der Kontrolle eines europäischen Organs, für eine unentbehrliche Bedingung europäischer Zusammenarbeit. Daneben hält er wirtschaftlich eine Stabilisierung des Preisniveaus für landwirtschaftliche Produkte in Europa für notwendig. Auch diese soll unter Aufsicht und Führung des genannten europäischen Organs zustandegebracht werden.

AUSSENWIRTSCHAFTLICHE GRÜNDE

Die soziale, wirtschaftliche und politische Rolle der Landwirtschaft ist in den verschiedenen Ländern nicht dieselbe. Trotzdem stempeln die große Anzahl der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen, die Gleichgerichtetheit aller agrarischen Interessen und das Maß, in dem sich die relativ kleinen Betriebe organisiert haben, die Landwirtschaft zu einem wichtigen Faktor für die Bestimmung der nationalen Wirtschaftspolitik. Welchen Stand die Länder unseres Raumes industriell auch erreicht haben mögen, die Landwirtschaft hat ihre wirtschaftliche Entwicklung und Stellung doch weitgehend mitbestimmt. Da der Stand und die Struktur der Landwirtschaft weitgehend für den Selbstversorgungsgrad eines Landes mit Nahrungsmitteln verantwortlich sind, wird die Landwirtschaftspolitik zu einem erheblichen Teil durch strategische Erwägungen beeinflußt. Eine Folge davon ist, daß die Landwirtschaft eines Staates in ihrer gegenwärtigen Form vielfach ein Produkt politischer und wirtschaftspolitischer Momente ist und daher nicht immer rationell-wirtschaftlichen Ansprüchen entspricht und trotz der ökonomischen Sinnwidrigkeit in dieser Form bewahrt wird. Es liegt also auf der Hand, daß die Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung einen großen Einfluß auf die Staatspolitik ausüben, weil man sie nicht ungestraft schädigen oder vernachlässigen kann und eine Förderung dieser Interessen oft geboten erscheint. Dies führt häufig zu einer Politik der relativen Abgeschlossenheit des nationalen Agrarmarktes. Hier aber treten die Interessen anderer Länder, die einen Überschuß an Agrarprodukten haben, in Erscheinung.

Aus den bisherigen Ausführungen zeigt sich schon, weshalb die Bildung eines westeuropäischen Einheitsmarktes für landwirtschaftliche Erzeugnisse, wenigstens zunächst, nicht für möglich gehalten wird. Sollte man aber diese Möglichkeit positiv beurteilen, so würde ein solcher Markt jedoch erst auf lange Sicht verwirklicht werden können. Es ist daher sehr wenig

wahrscheinlich, daß die Staaten sich bereit erklären, von aller Agrarprotektion abzusehen. Demgegenüber empfiehlt Minister Mansholt, wenigstens das zulässige Höchstmaß nationalen Schutzes unter die Kontrolle eines europäischen Organs zu stellen. Dieses Maximum wäre dann allmählich herabzumindern. Der Zweck solcher Bestrebungen liegt auf der Hand: regulierte Protektion würde zu einem freieren und erweiterten Austausch von landwirtschaftlichen Produkten führen können.

Ist damit die wichtigste politische Vorbedingung zu einer landwirtschaftlichen Integration gegeben, so sieht der niederländische Landwirtschaftsminister eine Preisstabilisierung als wirtschaftliche Voraussetzung an. Bei der heutigen Struktur Westeuropas soll ein internationaler Preis nicht nur zu einem Ausgleich der westeuropäischen Zahlungsbilanz, zur Erhöhung des Wohlstandes, zur Steigerung der Erzeugung, zu einer vollen und wirtschaftlichen Beschäftigung der Produktionskräfte sowie zur Erreichung der höchstmöglichen Leistung beitragen, sondern auch eine internationale Verhandlungsgrundlage bilden. Es ist ohne weiteres deutlich, daß ein europäischer Verhandlungspreis das nicht alles kann. Denn aus den geschilderten Unterschieden zwischen den nationalen Landwirtschaften geht schon hervor, daß auch die Bedingungen für eine Rationalisierung, die von den Preisen beherrscht wird, verschieden sind.

Daher wird vorgeschlagen, daß dieser „europäische Verhandlungspreis“ nicht das nationale Preisniveau für Agrarprodukte bestimmen, sondern nur den Preis oder die Preisgrenze bilden soll, zu dem diese Erzeugnisse der Länder ausgetauscht und verrechnet werden sollen.

Wo soll dieser „Verhandlungspreis“ liegen? Er kann weder von den niedrigsten, noch von den höchsten

Produktionskosten bestimmt werden, wenn er seine oben erwähnten Funktionen erfüllen soll. Er soll sowohl zur Produktionserhöhung als auch zu weiterer Rationalisierung anreizen. Hier liegt eine Quelle großer Schwierigkeiten, denn es ist nicht zu erwarten, daß das gewünschte Niveau — über das in der nationalen Agrarpolitik schon soviel Streit herrscht — sich selbst nach Abstimmung der monetären und sozialen Faktoren leicht wird finden lassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man in verschiedenen, oder sogar in den meisten Ländern, einen Ausgleich durch direkte Subventionierung würde vornehmen müssen.

Zu erwähnen ist, daß Minister Mansholt die Verwirklichung seiner Vorschläge nur durch Bildung eines europäischen Organs für möglich hält. Die Staaten sollen also auch auf diesem Gebiet ihre formal unbeschränkte Souveränität aufgeben. Das würde auch schon darum notwendig sein, weil die westeuropäische Einfuhr von konkurrierenden Produkten aus Ländern außerhalb dieses Raumes nach diesen Vorschlägen nur koordiniert zugelassen werden kann.

Wenn auch Minister Mansholt seine Vorschläge selbst nur als Bedingungen zu einer wirklichen Integration auf dem Agrarsektor bezeichnet, so wird es doch deutlich, daß der Gedanke eines Gleichgewichtspreises, dessen Höhe von der freien Wirkung von Angebot und Nachfrage abhängig ist, damit endgültig aufgegeben werden muß. Kommt jedoch ein europäischer Verhandlungspreis zustande, der nicht von Angebot und Nachfrage, sondern von den agrarpolitischen Zielsetzungen der einzelnen Länder im wesentlichen bestimmt wird, so wird dadurch das eigentliche Ziel eines europäischen Einheitsmarktes wiederum gegenstandslos, weil ein solcher „Markt“ mit einem wirklichen Markt weiter nichts als den Namen gemeinsam hätte.

Zukunftsmöglichkeiten der französischen Getreidewirtschaft

Alfred Frisch, Paris

Frankreich ist geographisch die ideale Getreidekammer Westeuropas, denn es verfügt über ein dem Weizen ungewöhnlich zuträgliches Klima, das weder zu feucht noch zu heiß ist, und über ausgedehnte Ebenen fruchtbaren Bodens, die gegen Erosion geschützt sind. Die Hauptanbaugelände befinden sich nördlich der Loire; die höchsten Erträge werden im Westen und im Nordosten von Paris erzielt. Die Bebauung der weiten Ebenen südlich der Loire bis zum Atlantischen Ozean und dem Mittelmeer wurden in den letzten Jahrzehnten sehr vernachlässigt, was aber ihre spätere produktive Verwertung für den Getreidebau keineswegs ausschließt. Versuchsweise konnten bereits in der Nähe des Rhonedeltas Weizen-erträge von 60 bis 80 dz je ha erzielt werden.

Zur Beurteilung der Möglichkeiten der französischen Getreidewirtschaft muß man neben dem Mutterland auch die nordafrikanischen Gebiete der Französischen Union, das heißt Marokko, Algerien und Tunesien be-

rücksichtigen. Diese Landstriche, die einst einen Großteil der Versorgung des Römischen Weltreiches sicherten, beginnen jetzt wieder als Getreideexporteure in Erscheinung zu treten. Ihre Entwicklungsmöglichkeiten übersteigen diejenigen des Mutterlandes, nicht zuletzt weil ihr Boden bisher mit ungewöhnlich primitiven Methoden bearbeitet wurde und er noch große Ertragssteigerungen ermöglicht.

Die französischen Getreidestatistiken müssen sowohl für die Anbaufläche wie für den Ertrag mit gewisser Vorsicht aufgenommen werden. Es handelt sich weitgehend um mehr oder weniger genaue Schätzungen. Die mit der Aufstellung der Statistiken beauftragten Beamten sind zwar fachlich durchaus fähig, sie verfügen jedoch nur über geringe Hilfsmittel und müssen sich hauptsächlich auf die meist sehr ungenauen Angaben der Bauern stützen. Der Durchschnittsfranzose steht statistischen Erhebungen mehr als mißtrauisch gegenüber, und besonders der Bauer wittert hinter